PARTEIEN

FDP

Ganz unverbindlich

Bayerns FDP, sonst eher konservativ, setzte ein Zeichen totaler Liberalität: Die Freidemokraten wollen die Wahlen zum Münchner Landtag, die im November anstehen, ohne Vorsitzenden bestreiten.

Unversehens stürzte vorletzten Sonnabend zu Würzburg ein Parteitag der weiß-blauen FDP den Landeschef Dietrich Bahner, 56. Alsdann verfügten die Delegierten, vor Ende des Jahres brauche ein Nachfolger nicht benannt zu werden.

Solche Führungslosigkeit freilich ist für Bayerns Liberale nur eine Formalität. Kopflos waren sie schon immer.

Das erste Jahrzehnt nach dem Kriege vertrauten und schimpften sie auf Thomas Dehler. Nur mühsam hielt der wortgewaltige Franke südlich des Mains die zusammen, die sich als liberal bezeichneten. Aber die Art und Weise, wie Dehler mal Adenauer, mal die Kirche rhetorisch anging, erschien seinen bayrischen Gefolgsleuten zumindest befremdlich.

Zudem galt Dehlers Leidenschaft der reinen Politik; Apparat und Finanzen interessierten ihn nicht. 1956 wechselten die Bayern ihn unauffällig — Dehler war mittlerweile auch Fraktionschef in Bonn und Bundesvorsitzender geworden — gegen den Schwabacher Rechtsanwalt Albrecht Haas aus, der sich guter Kontakte zur allmächtigen CSU rühmte.

Diese Kontakte waren so ausgezeichnet, daß die FDP, in Haasens Gestalt, von 1957 bis 1962 in drei CSU-Kabinetten unterkriechen durfte. Die Quittung dafür, daß Haas eher seine eigene Karriere als die Partei im Auge hatte, kam von den Wählern: Wer in den bayrischen Landtag möchte, muß mindestens in einem Regierungsbezirk die Zehn-Prozent-Klausel bewältigen; 1962 schaffte die FDP nur noch in Mittelfranken magere 11,2 Prozent.

Damit war sie für die CSU uninteressant geworden und Haas plötzlich für seine Partei riskant. Nun setzte die FDP einen schwachen Mann mit einem großen Namen an ihre Spitze: Klaus Dehler, Thomas-Neffe und Arzt in Nürnberg. Und nun brachen — nachdem die Partei als Anhängsel in CSU-Regierungen jahrelang hatte kuschen müssen — die internen Gegensätze offen auf.

Sie wurden fixiert durch den damaligen Rechtsaußen Josef Ertl und die Kulturpolitikerin Hildegard Hamm-Brücher, die sich so lange gegenseitig anfauchten, bis sie beide im Brandt/Scheel-Kabinett landeten. Den weltanschaulichen Auseinandersetzungen stand Jung-Dehler hilflos gegenüber und offenbar die FDP-Wählerschaft auch: 1966 blieb Bayerns FDP das Münchner Parlament versperrt.

Dehler verschwand von der politischen Bühne, und die FDP beschloß, wenigstens außerhalb des Landtags zu

Gestürzter FDP-Landeschef **Bahner**
„Wirkungsvolle Selbsthilfe"

überleben: Sie wählte ihr reichstes Mitglied zum Vorsitzenden. Dietrich Bahner, Herr über eine Reihe von Schuhfabriken mit einem Umsatz von mehreren 100 Millionen Mark, außerdem engagiert in Textilien, einer chemischen Reinigung und einer Bank, nahm die Wahl an und proklamierte: „Die liberalen Interessen müssen den nationalen dienen."

Der neue Landesvorsitzende nannte jungdemokratische Vorschläge über Beteiligung am Unternehmergewinn „Marxismus in neuer Fassung", und vor der „Anerkennung einer Diktatur auf deutschem Boden" warnte er noch in Würzburg. Der gebürtige Sachse („Politik ist mein Hobby") mit dem kahlen Haupt plädierte vor allem dafür, „von Staats wegen moralisch und effektiv Hilfestellung für eine wirkungsvolle Selbsthilfe der mittelständischen Wirtschaft zu gewähren".

In Bonn kam er nicht so gut an wie daheim. Gleich nach seiner Wahl zum Bayernchef beanspruchte Bahner den Posten eines stellvertretenden Bundesvorsitzers — vergebens. Und auf dem FDP-Bundesparteitag in der vorletzten Woche war Bahner der einzige Landesvorsitzende, der zweimal — erfolglos — für den Parteivorstand kandidierte.

Unlustig reiste er nach Würzburg. Ohne Respekt vor der Tatsache, daß der vermögende Fabrikant die arme bayrische FDP erheblich bezuschußt, hatten unterdes Münchner Jungdemokraten Stimmung gegen den farblosen Schuhmacher gemacht. Als er sich weigerte, seinen Landesverband auf eine Münchner Koalition nach Bonner Muster festzulegen und damit dem Bundesvorstand Deckung zu geben, erntete er die ersten Pfiffe.

Bahner forderte eine Vertrauensabstimmung — und erhielt nur 124 von 277 Delegiertenstimmen. Der gekippte Parteichef verließ sofort den Parteitag, aber die Partei demonstrierte, daß sie auch ohne Bahner die alte bleibt: Um es möglichst vielen recht zu machen, schob sie die Nachfolgerfrage hinaus, schickte statt dessen ausgerechnet das ungleiche Gespann Ertl/Hamm-Brücher in den bevorstehenden Bayern-Wahlkampf und proklamierte ganz unverbindlich: „Jetzt hat es der Wähler in der Hand, die jahrzehntelange Herrschaft der CSU zu beenden."

MITBESTIMMUNG

KOMMUNALBETRIEBE

Weiter kleckern

Jungsozialist Jörg Jordan, 30, Vorzimmerreferent des hessischen Wirtschaftsministers und frisch bestallter SPD-Chef des Wiesbadener Unterbezirks, räumte ein: „Wir wissen, daß die Gesetzeslage unserem Vorhaben nicht gerade freundlich gegenübersteht."

Trotzdem folgte die Mehrheit des Wiesbadener Stadtparlaments am letzten Montag seinem Antrag, „ein Beispiel zu setzen" und durch eine lokale „politische Grundsatzentscheidung" nachzuholen, was der Bundesgesetzgeber bislang versäumt habe: „Demokratie darf nicht länger am Betriebstor haltmachen. Daher wollen wir die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer dort einführen, wo wir es machen können, bei unseren Stadtwerken."

Das gegen hartnäckigen Widerstand der CDU-, FDP- und NPD-Ratsherren (NPD-Sprecher Schleyer: „Sind denn die Wiesbadener Stadtwerke die Stadtwerke der SPD?") ergangene Politvotum bedeutet in der Tat ein doppeltes Signal: Zum erstenmal

- ▷ werden sich fortan im Aufsichtsrat eines Großunternehmens außerhalb der Kohle- und Stahlindustrie Vertreter von Kapital und Arbeit gleichberechtigt gegenübersitzen;
- ▷ hat sich ein Arbeitgeber der öffentlichen Hand freiwillig dazu bekannt, seine Arbeitnehmer an der

Neuer SPD-Bezirkschef **Jordan**
„Keine leichte Sache"